

# Olympia in Innsbruck: Drei Mal ist genug!

Die vierten Olympischen Spiele in Innsbruck und Tirol 2026 – nach 1964, 1976 sowie den Weltjugendspielen 2012 – sind politischer Größenwahn mit enormen finanziellen und ökologischen Belastungen. Am Sonntag wird darüber in Tirol abgestimmt.

Fritz Dinkhauser

Finanziell bessergestellt Mitbewerber in den Nachbarländern haben Nein zu Olympia gesagt: Graubünden mit der renommierten Tourismusdestination St. Moritz 2013 und 2017, ebenso München mit Garmisch-Partenkirchen 2013. Tirol ist heute das Land mit den meisten Wintersportereignissen Europas, wobei die menschlichen und finanziellen Grenzen ausgereizt und die Belastung für die Natur überreizt sind.

Das Tiroler Inntal ist als europäisches Luftanierungsgebiet ausgewiesen, 10.000 Schneekanonen in Tirol müssen Tonnen von Kunstschnee aus Trinkwasser erzeugen, der Bodenverbrauch und die Bodenversiegelung schreiten ungebremst voran. Tirols Tourismus hat mehr Nüchternheiten als Paris, Berlin und Wien zusammen. Aber dieser Massentourismus führt zu einer ungesunden Monokultur, sodass die Hälfte der Tiroler Arbeitnehmer nur Teilzeit arbeiten, im Tourismus sogar 80 Prozent – bei generell niedrigen Löhnen und hoher Stellenabhängigkeit mangels Alternativen.

## Gier und Angst

Wer im Tiroler Tourismus braucht bei den ständig verstopften Straßen, überlasteten Pisten, immer geringeren Schneedecken, vollen Hotels sowie vielfach frustrierten und oft schwer zu findenden Mitarbeitern noch Olympische Spiele? Die einen treiben gnadenlose Gier und die Angst, irgendeine Chance auf noch mehr zu verpassen. Die anderen in der Politik treibt die alte Brot-und-Spiele-Taktik, um mit Olympia von den wahren Sorgen der Menschen abzulenken.

Die wirtschaftliche Nachhaltigkeit und Attraktivität von Olympischen Spielen lässt sich im Nachhall der Spiele 1964 und 1976 in Innsbruck nüchtern betrachten: Der internationale Ruf Innsbrucks als Olympiastadt wurde mit einer gigantischen Verschuldung erkaufte. Die Folgekosten für Instandhaltung und Betriebsführung der Sportgroßanlagen hatten die Bürger aus den öffentlichen Budgets zu tragen. Um finanziellen Hand-

lungsspielraum zu bekommen, hat Innsbruck Jahre später sein Familiensilber in Form des Achensees verkauft.

## Hohe Preise

Großevents wie Olympische Spiele bringen Preissteigerungen bei Grund-, Boden- und Mietpreisen. Vom Bier bis zum Kaffee ist in fast allen Bereichen des Lebens ein enormer Preisschub zu beobachten. Tirol ist heute ein Hochpreisland, Innsbruck hat von allen Landeshauptstädten die höchsten Mietpreise mit 16 Euro pro Quadratmeter, also 1120 Euro für eine 70-Quadratmeter-Mietwohnung! Die Tiroler bekommen die niedrigsten Einkommen bei den gleichzeitig höchsten Lebenshaltungs- und Wohnkosten. Die Vorarlberger erhalten – offensichtlich ohne den behaupteten wirtschaftlichen Impuls von Olympischen Spielen – durchschnittlich 240 Euro netto monatlich mehr Einkommen.

Das IOC ist im Ausrichterland steuerbefreit, es agiert mit seinen Knebelungsverträgen (Host City Contracts) gegenüber seinen Partnern wenig fair. Nichtsdestotrotz sind das IOC und internationale Großsponsoren die wirklichen Gewinner. Sie verdienen Milliarden, den Bürgern bleiben die Schulden. Dazu kommen laufende Kosten durch Instandhaltung und Betrieb der olympischen Wettkampfstätten.

## Neue Großevents

Und weil die Wettkampfstätten nun schon da sind, braucht es regelmäßig weitere Großevents. Die Erwartungslage an Stadt und Land ist enorm, in der Folge ähnlich attraktive Sportveranstaltungen durchzuführen. Die Kosten dafür sind hoch, das Geld kommt durch Einsparungen bei der Infrastruktur, Bildung, Wohnen und Zuwendungen an den Breitensport herein.

Olympische Spiele sind eine gesamtösterreichische, keine lokal auf Innsbruck oder regional auf Tirol begrenzte, sportliche und finanzielle Großveranstaltung. Er-

staunlich, dass die Steuerzahler außerhalb Tirols zwar mitzahlen, aber nicht mitreden und abstimmen dürfen.

Die olympische Idee eines sportlichen, friedlichen Festes der Völkerverbindung der Jugend ist nach den skandalösen Spielen von Sotschi und Rio mit Korruption, Bestechung und staatlich organisiertem Doping inklusive Milliardendefizit in dieser Form und mit diesem Partner IOC vorerst gestorben.

## Kasino-Mentalität

Auch das ÖOC blickt auf eine zweifelhafte Vergangenheit in den eigenen Reihen, so wurde ÖOC-Generalsekretär Heinz Jungwirth 2013 wegen Untreue verurteilt. Die „Kasino-Mentalität“, wonach das volle Risiko die anderen tragen, ist vorbei. Das ÖOC sollte seine ganze Kraft in die komplette Erneuerung der Spiele stecken. Mit Blick auf Olympia in den vergangenen Jahrzehnten sind kleine, billige und nicht riskante Olympische Spiele unrealistisch und unglaubwürdig.

Das ÖOC weiß natürlich, dass es angesichts von 100 Wettkampfdisziplinen, tausenden Sportlern, Funktionären, Sponsoren und Medienvertretern sowie hunderttausenden Zuschauern keine billigen und nicht riskanten Spiele gibt. Dass Olympische Spiele 2026 angesichts von nicht budgetierten Sicherheitskosten in Millionenhöhe auch ihren Preis haben werden.

Die Aussage von internationalen Experten, dass Olympische Spiele in den vergangenen Jahrzehnten um durchschnittlich 156 Prozent teurer geworden sind, bestätigt die Olympia-Kritik. Noch deutlicher tut es der Blick auf Innsbruck: Die angeblich günstigen Olympischen Winterspiele 1976 in Innsbruck sind letztlich zehnmal so teuer geworden wie geplant.

**FRITZ DINKHAUSER** (Jahrgang 1940) war zweimal aktiv bei Olympischen Spielen dabei, 1968 in Grenoble und 1972 in Sapporo. Er war Präsident der Arbeiterkammer Tirol und Vizechef des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger. 2008 gründete er die Tiroler Oppositionspartei Liste Fritz, die sich vor der Volksbefragung am 15. Oktober gegen neuerliche Olympische Spiele in Innsbruck, Tirol, ausspricht.



Schützen, Feuer und blauer Himmel: die Eröffnung der Olympischen Spiele in Innsbruck 1964.

Foto: Picturedesk



F. Dinkhauser: keine billigen und nicht riskanten Spiele.

Foto: Liste Fritz

## Patientenanwälte, immer hübsch im Gleichklang mit der Politik

Eine Replik auf Gerald Bachingers Vorschlag, aus dem Hauptverband eine „Unternehmenszentrale“ für die Krankenkassen zu machen

Johannes Steinhart

Der Sprecher der Patientenanwälte, Gerald Bachinger, plädiert im STANDARD-Kommentar vom 30. September für einen „massiv gestärkten“ Hauptverband der Sozialversicherungsträger, der wie eine „echte Unternehmenszentrale“ agieren soll. Von Kassenzusammenlegungen hält er offenbar wenig.

Einmal mehr erweist sich Bachinger, seinem Amtsverständnis entsprechend, als zuverlässiger Anwalt der Politik und Verteidiger „gewachsener Strukturen“. Folgerichtig zitiert er auch die von Sozialminister Alois Stöger bei der LSE beauftragte, umstrittene Studie über die österreichischen Krankenkassen. Eine 630.000-Euro-Studie mit völlig überras-

chungsfreien Ergebnissen, die pikanterweise wesentliche Arbeiten an zwei österreichische Fachleute auslagerte, die intensive Geschäftsbeziehungen mit dem Sozialministerium und den Kassen unterhalten oder unterhielten. Kühne Reformvorhaben sind da keine zu erwarten.

## Gewünschte Aussagen

Bachinger ist auch stets gern zu von der Politik gewünschten Aussagen bereit: „Den Ärztemangel gibt es nicht“, befand er, auch das Schließen ärztlicher Hausapotheken sei für ihn kein Problem, „Mystery-Shopping“ gefährde nicht das Vertrauen zwischen Ärzten und Patienten, und PHC-Zentren sind ohnehin ein Allheilmittel. Also alles hübsch im Gleichklang mit der Gesundheits-

politik, auch wenn es dabei auf Kosten der Patienten geht.

Bachingers Analyse bezüglich des Wildwuchses bei den Kassen ist einiges abzugewinnen. Aber ausgerechnet einen gestärkten Hauptverband als Lösung zu sehen macht den Bock zum Gärtner. Vielmehr muss die Frage lauten, ob und warum Österreich überhaupt einen Hauptverband braucht. Einen Apparat mit 320 Mitarbeitern, der für die Gesundheitsversorgung zuständig ist und trotzdem das bewährte Wahlarztssystem einschränken wollte. Der den Gesamtvertrag zwischen den Kassen und der Ärztekammer aushebeln wollte, um mit einzelnen Ärzten oder Zentren direkt verhandeln zu können – sehr zum Nachteil der Patientenversorgung. Der Hauptverband liefert also

ständig Beispiele dafür, dass er eine gute Versorgung der Patienten und eine faire Behandlung der Ärzte definitiv nicht immer zur Maxime seines Handelns macht, sondern sich lieber politisch instrumentalisieren lässt. So einen Hauptverband will ein Patientenanwalt „massiv stärken“?

Denken wir doch einmal nicht in den üblichen systemimmanenten Kategorien. Vielleicht können Modelle aus dem benachbarten Ausland interessante Impulse bieten: seien es Elemente der völligen Wahlfreiheit der Versicherten zwischen öffentlichen oder privaten Krankenkassen in der Schweiz oder die Möglichkeit der Wahlfreiheit für bestimmte Versicherten in Deutschland. Ohne hier auf die Frage eingehen zu wollen, was die generell beste Lösung

ist: Leistungsanbieter, die sich gegenüber ihren Kunden bewähren müssen, weil sich diese sonst einem anderen Anbieter zuwenden, sind in aller Regel kundenfreundlicher als Monopolisten.

Von reformresistenten Kassen unter der Vorherrschaft eines „massiv gestärkten“ Hauptverbandes ist das nicht zu erwarten. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Patientenanwälte aus der Umklammerung der sie (wieder)bestellenden Politik befreit werden sollten. Eine Direktwahl durch die Patienten wäre ein überfälliger Demokratieschub in der kommenden Legislaturperiode.

**JOHANNES STEINHART** ist Obmann der Bundeskurie niedergelassener Ärzte und Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer.